

Anträge des SPD-Ortsvereins Schinkel an den Unterbezirksparteitag Osnabrück-Stadt am 19. August 2023

Antrag 1:

Antragssteller: OV Schinkel gemeinsam mit AGqueer, Jusos, AG 60plus, AfA, AfB

Weiterleitung: satzungsändernder Antrag

Titel des Antrags: **Stimmrecht für Arbeitsgemeinschaften auf Unterbezirksparteitagen**

Antragstext:

Die Satzung des Unterbezirks ist wie folgt zu ergänzen:

§ 4 Unterbezirksparteitag

(1) Der Unterbezirksparteitag ist das oberste Organ des Unterbezirks. Er setzt sich zusammen aus:

- den 110 ordentlich gewählten Delegierten der Ortsvereine
- den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes
- einem:r Vertreter:in mit Stimmrecht der nach den Richtlinien des Bundesvorstandes im Unterbezirk oder auf Regionsebene gebildeten Arbeitsgemeinschaften. Der:die Vertreter:in muss SPD-Mitglied im Unterbezirk sein.

Dadurch ist zu streichen unter "Beratend nehmen am Unterbezirksparteitag teil:"

- ein*e Vertreter*in der für den Unterbezirk nach den Richtlinien des Bundesvorstandes gebildeten Arbeitsgemeinschaften; er oder sie muss SPD-Mitglied sein

Begründung:

Die SPD-Arbeitsgemeinschaften sind neben dem Unterbezirk und den Ortvereinen für die Organisation der innerparteilichen politischen Meinungsbildung zuständig. Sie haben das Antragsrecht auf dem Unterbezirksparteitag. Damit sollte auch ein Stimmrecht einhergehen, das den Stellenwert der Arbeitsgemeinschaften unterstreicht und das Rederecht im Namen der jeweiligen Arbeitsgemeinschaft einfacher regelt.

Antrag 2:

Antragsteller: OV Schinkel

Weiterleitung: satzungsändernder Antrag

Titel des Antrags: **Verkleinerung des Unterbezirksparteitags**

Antragstext:

Die Anzahl der stimmberechtigten Delegierten soll durch Satzungsänderung signifikant verkleinert werden.

Begründung:

Schon jetzt können viele (gerade größere) Ortsvereine nur noch mit großen Anstrengungen ihre Delegiertenzahlen erfüllen. Meist fehlen dann die Ersatzdelegierten. Bei größeren Ausfällen ist die Beschlussfähigkeit des Parteitags dann nicht mehr gegeben.

Die Mitgliederzahl im Unterbezirk hat sich über die letzten 20 Jahre halbiert. Die Parteitagsgröße wurde nie dementsprechend angepasst.

Antrag 3:

Antragsteller: OV Schinkel

Weiterleitung: Ratsfraktion

Titel des Antrags: **Einfach umsteigen: Ausreichend kostenlose Fahrradstellplätze für den Osnabrücker Bahnhof**

Antragstext:

Es werden ausreichend kostenlose Fahrradbügel vor dem Vorder- und Hintereingang am Osnabrücker Bahnhof bereitgestellt.

Begründung:

Bei der Umgestaltung des Osnabrücker Bahnhofs wurde mit dem neuen Parkhaus für Fahrräder ein wichtiger Baustein für zukunftsfähige Mobilität in der Stadt geschaffen. Allerdings wurde mit den Baumaßnahmen der Großteil der kostenlosen Fahrradbügel abgebaut. Nun stehen zu wenige Abstellmöglichkeiten auf dem Vorplatz zur Verfügung. Dies führt dazu, dass Fahrräder vor dem Bahnhof und dem DGB-Haus an Laternen und Straßenschildern angekettet werden und in Fußgängerwege und Parkplätze hineinragen.

Pendler:innen, die mit Fahrrad und Zügen die emissionsarme Mobilität nutzen, wird der Weg in die Stadt so unnötig erschwert. Dies wirkt sich nicht nur maßgeblich auf die Wahrnehmung unserer Stadt, sondern auch auf die Lebensqualität der Bürger:innen aus. Die „Alternative“, ein Fahrrad für 0,90€ pro Tag im Parkhaus parken zu können, ist für viele Nutzer:innen im Alltag nicht leistbar. Aus diesen Gründen sind ausreichend kostenlose Fahrradstellplätze vor dem Bahnhof bereitzustellen.

Antrag 4:

Antragsteller: OV Schinkel

Weiterleitung: Ratsfraktion

Titel des Antrags: **Osnabrücker Sportstätten - Kein Ort für sexuelle Belästigung**

Antragstext:

Das Gleichstellungsbüro der Stadt Osnabrück soll mit der Erstellung einer Kampagne für Aufmerksamkeit gegen sexuelle Belästigung im Sport beauftragt werden. Ziel ist die Aufklärung und Sensibilisierung in Sportvereinen und Sportstätten (z.B. Fitnessstudios), um zu einer Kultur beizutragen, die Sicherheit der Sportler:innen in Osnabrück vor sexueller Belästigung gewährleistet.

Zur Begleitung der Kampagne sollen Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit denen Vereine und Sportstätten finanzielle Unterstützung bei der gemeinsamen Entwicklung von Projekten zum Austausch, der Schulung und der Sensibilisierung der Sporttreibenden erhalten.

Begründung:

Osnabrück profitiert von einer aktiven Stadtgemeinschaft. Vereine und Sportstätten sind zentrale Ort des gemeinsamen Miteinanders ganz unterschiedlicher Bürger:innen der Stadt. Im Gegensatz zu anderen Freizeitaktivitäten stehen beim Sport oftmals Körper und Nähe im Fokus. Gerade deshalb müssen Verantwortliche für das Thema sexuelle Belästigung sensibilisiert werden. Auch wenn bereits viele Fälle aus dem Profi- und Amateursport, in denen Sportler:innen sexuellen Übergriffen und Machtmissbrauch ausgesetzt sind (siehe 1), bekannt sind, wird viel zu wenig dagegen getan. Hier hat die Stadt Osnabrück die Möglichkeit mit Aufklärungsarbeit entgegenzusteuern.

Bei der Umsetzung der Kampagne können die 5 Punkte zur "Prävention sexualisierter Gewalt", die der AK Soziales in der Freien Presse im April 2023 vorgelegt hat (siehe 2), als Leitlinien dienen:

"1. Sensibilisieren und Zum-Thema Machen - Verdeutlichung der Grundhaltung in der Satzung, Benennung Ansprechpartner*innen, Etablierung einer „Kultur des Hinschauens!“

2. Vernetzung mit Fachberatungsstellen für Betroffene und Anlaufstellen für potenzielle Täter/innen sowie mit anderen Sportorganisationen

3. Prüfung der Eignung von Mitarbeiter*innen z. B. Unterzeichnung Ehrenkodex/Verhaltensrichtlinie/Selbstverpflichtung, Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses

4. Handlungsplan: Risikoanalyse erstellen, Erstellen von Verhaltensregeln nach einer Einrichtung eines Beschwerdemanagements, Erstellen eines Interventionsplans im Umgang mit Verdacht; Maßnahmen zum Monitoring und zur Verstetigung

5. Etablierung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung, Bereitstellung von Angeboten, z.B. zur Stärkung des Selbstbewusstseins

6. Selbstverpflichtungserklärung, um Aktive im Verband zu sensibilisieren und um potentiellen Tätern*innen zu signalisieren, dass dem Schutz von anvertrauten Menschen Beachtung geschenkt wird."

1 <https://www.sportschau.de/fussball/mehr-frauenfussball/frauenfussball-missbrauch-100.html>

https://www.ndr.de/sport/mehr_sport/Missbraucht-und-allein-gelassen-Studie-zeigt-strukturelle-Probleme-im-Sport,missbrauch2360.html

<https://www.mdr.de/wissen/sportverein-sexuelle-gewalt-kinder-schuetzen100.html>

<https://www.zdf.de/nachrichten/sport/fussball-spanien-frauen-nationalspielerinnen-ruecktritt-protest-trainer-vilda-100.html>

2 https://www.spd-osnabrueck.de/wp-content/uploads/sites/758/2023/03/Freie_Presse_April_2023.pdf

Antrag 5:

Antragsteller: OV Schinkel

Weiterleitung: Bundesparteitag

Titel des Antrags: **Kurzarbeitergeld auf dem Prüfstand: Keine finanzielle Unterstützung für Großkonzerne**

Antragstext:

Kurzarbeitergeld soll zukünftig nur an Unternehmen ausgezahlt werden, die es wirklich brauchen. Ausgezahlt Kurzarbeitergeld soll allen Arbeitnehmer*innen in unterstützungsbedürftigen Unternehmen gewährt werden. Die erhaltenen Leistungen werden jedoch jährlich rückwirkend mit Dividendenzahlungen an Aktionäre verrechnet, sodass erhaltene Leistungen durch Unternehmensgewinne getragen werden.

Begründung:

Das Kurzarbeitergeld ist in Deutschland eine wichtige sozialstaatliche Institution, welche gerade in Krisenzeiten für Sicherheit von Unternehmen und Arbeitnehmer*innen sorgt. Nicht ohne Grund haben sich andere Länder in der Corona-Pandemie ein Beispiel an dieser Form der Unterstützung in Deutschland genommen. Nichtsdestotrotz ist es mit dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit nicht vereinbar, wenn Großunternehmen jährlich höhere Gewinne an ihre Aktionäre ausschütten und gleichzeitig Kurzarbeitergeld aus der Arbeitslosenversicherung beziehen. Wer Dividenden in Millionenhöhe vergeben kann, der kann auch seine Mitarbeiter*innen bezahlen. Es ist wichtig das Aktionär*innen ihrer Verantwortung für die Unternehmen nachkommen und Marktrisiken in Krisenzeiten nicht durch den Wohlfahrtsstaat finanziert werden.

Antrag 6:

Antragssteller OV Schinkel

Weiterleitung: Ratsfraktion

Titel des Antrags: **Günstig mit dem Bus in die Stadt - auch für Gelegenheitsfahrer:innen**

Antragstext:

Der Preis für einen Einzelfahrschein in der Preisstufe 0 soll auf den durchschnittlichen Preis für eine Stunde Parken in einem Osnabrücker Parkhaus abgesenkt werden. Die prozentuale Preissenkung soll ebenfalls auf das Tagesticket Preisstufe 0 übertragen werden.

Begründung:

Viele Menschen fahren bereits günstig mit dem Deutschlandticket oder anderen Monatskarten mit dem Bus in die Stadt. Gelegenheitsfahrer*innen, die über kein entsprechendes Abo verfügen, müssen für die Busfahrt tief in die Tasche greifen. Oft ist es für sie daher günstiger, mit dem Auto in die Stadt zu fahren. Eine Stunde parken kostet in vielen Parkhäusern 1,50 €. Ein Einzelfahrschein für das Stadtgebiet Osnabrück kostet bereits 2,90 €. Das Tagesticket sogar 6,10 €. Wir möchten einen positiven Anreiz für das umweltfreundliche Verkehrsmittel setzen. Niemand soll den Bus nicht nehmen, weil dieser für ihn deutlich teurer ist. Daher soll der Einzelfahrpreis für den Bus auf das Niveau der Parkkosten für eine Stunde gesenkt werden.

Antrag 7:

Antragssteller OV Schinkel

Weiterleitung: Ratsfraktion

Titel des Antrags: **Ausbau von Fuß- und Radwegen in Widukindland und Schinkel-Ost**

Antragstext

Entlang der gesamten Nordstraße soll ein neuer Fuß- und Radweg geschaffen werden. Dieser soll mit dem bereits bestehenden Fuß- und Radweg der Windthorststraße (bis ca. Kreuzung 'kahle Breite', stadtauswärts) verbunden werden.

Begründung

Aktuell gibt es keine Fuß- oder Radwege in der Nordstraße und der Windthorststraße (ab kurz hinter der Kreuzung 'kahle Breite', stadtauswärts). Um die angrenzenden Stadtteile (u.a. Gretesch) und Orte (u.a. Belm) zu erreichen, müssen Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer am Straßenrand entlanglaufen. Aufgrund der Geschwindigkeit der dort fahrenden motorisierten Fahrzeuge, der fehlenden Fahrbahn, bzw. des fehlenden Gehwegs und der fehlenden Beleuchtung, ist das Gehen und Radfahren auf der Straße extrem gefährlich. Auch die Gesamtschule Schinkel wird über diese zwei Straßen erreicht, jedoch ist es unverantwortlich und nicht zumutbar, dass Kinder diese Straßenränder benutzen müssen, anstelle eines ordentlichen Fuß- und Radweges.

Des Weiteren stellen Fuß- und Radwege eine attraktive und klimafreundliche Alternative für den Individualverkehr dar und können zugleich für touristische Zwecke (z.B. Osnabrücker Rund-Tour) genutzt werden. Diese Mobilitäts-Alternativen und touristische Nutzung kommen für die Bürgerinnen und Bürger allerdings nur in Frage, wenn sie sicher sind. Die Schaffung eines Fuß- und Radweges entlang der genannten Straßen würde somit zur Attraktivität der Stadt und Region Osnabrück beitragen.

Die Anträge wurden auf der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Schinkel am 12. Juli 2023 beschlossen.